



Bulletin

Die Beschlüsse des Zürcher Kantonsrates vom 26. Februar 2024

Der Kantonsrat hat das Postulat der KEVU betreffend «Bundesrechtswidrige Bestimmung im Strassengesetz anpassen» diskussionslos dem Regierungsrat zu Bericht und Antrag innert zweier Jahre überwiesen ([KR-Nr. 366/2023](#)).

Der Kantonsrat hat einer Änderung im Bildungsgesetz in der Schlussabstimmung mit 95 zu 76 Stimmen zugestimmt, dank der auch vorläufig aufgenommene Ausländerinnen und Ausländer Stipendien beantragen können, ohne eine Wartefrist von fünf Jahren abwarten zu müssen ([KR-Nr. 358/2020](#)). Definitiv über die von Grünen-Kantonsrätin Jasmin Pokerschnig mit einer parlamentarischen Initiative angestossenen Gesetzesänderung befinden wird aber voraussichtlich das Stimmvolk. Die SVP hat in der Debatte bereits angekündigt, dass sie das Referendum ergreifen wird.

Der Kantonsrat hat in erster Lesung das Gesetz über den Beitritt zur Interkantonalen Vereinbarung für schulische Angebote in Spitälern beraten ([5903](#)). Dabei handelt es sich um eine Finanzierungsvereinbarung der Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektorinnen und -direktoren. Sie kommt zur Anwendung, wenn Kinder und Jugendliche ausserhalb ihres Wohnkantons hospitalisiert werden und dort eine Spitalschule besuchen. Das Geschäft geht nun an die Redaktionskommission zur Antragstellung für die zweite Lesung.

Der Kantonsrat hat mit 120 zu 50 Stimmen das Postulat betreffend «Weiteranstellung von Lehrpersonen ohne Zulassung für das Jahr 2023/24» von FDP-Kantonsrätin Raffaella Fehr und Mitunterzeichnenden mit abweichender Stellungnahme als erledigt abgeschrieben ([KR-Nr. 316/2022](#)). Mit dem Postulat wurde der Regierungsrat aufgefordert zu prüfen, ob die auf ein Jahr befristete Anstellung von Lehrpersonen ohne Zulassung verlängert werden kann. Der Regierungsrat hat sich aus rechtlichen Gründen gegen eine Ausdehnung der geltenden Frist gestellt. Mit der abweichenden Stellungnahme anerkennt der Kantonsrat zwar die rechtliche Situation, hätte sich aber angesichts des Lehrermangels ein aktiveres Vorgehen des Regierungsrates gewünscht.

Der Kantonsrat hat in erster Lesung eine Vorlage beraten, mit welcher der Regierungsrat eine Motion von FDP-Kantonsrätin Astrid Furrer und Mitunterzeichnenden im Kinder- und Jugendheimgesetz umsetzt. Es geht darum, dass die Gemeinden bei Erziehungshilfen ausschliesslich die Kosten der Leistungserbringer übernehmen und nicht auch noch die administrativen Kosten mitfinanzieren, die dem Kanton dabei entstehen ([KR-Nr. 209/2019](#)). Das Geschäft geht nun an die Redaktionskommission zur Antragstellung für die zweite Lesung.

Der Kantonsrat hat mit 117 zu 49 Stimmen die Motion betreffend «Chancen auf erfolgreichen Berufsabschluss erhöhen» von Grünen-Kantonsrätin Karin Fehr Thoma und Mitunterzeichnenden dem Regierungsrat zu Bericht und Antrag innert zweier Jahre überwiesen, mit der gefordert wird, der Kanton solle die Kosten für den Berufsfachschulunterricht und die überbetrieblichen Kurse übernehmen ([KR-Nr. 276/2021](#)).

Der Kantonsrat hat mit 121 zu 50 Stimmen eine Motion von SVP-Kantonsrätin Sandra Bossert abgelehnt, mit der gesetzliche Grundlagen gefordert wurden, um das Erlernen des Zehnfingersystems in der obligatorischen Schulzeit zu verankern ([KR-Nr. 278/2021](#)).

Der Kantonsrat hat das Postulat betreffend «Ausreichende Anzahl K+S-Gymiplätze für Kunst- und Sporttalente» von FDP-Kantonsrätin Raffaella Fehr und Mitunterzeichnenden mit 121 zu 48 Stimmen bei 1 Enthaltung dem Regierungsrat zu Bericht und Antrag innert zweier Jahre überwiesen ([KR-Nr. 280/2021](#)).

(nic.)